

# Grenzen des Demokratielabors

## Wie wahrscheinlich ist eine Parlamentskooperation von CDU und AfD in Ostdeutschland?

*Benjamin Höhne*

**Zusammenfassung:** Wie realistisch wäre ein Bündnis aus CDU und AfD in ostdeutschen Landtagen? Abgewogen werden verschiedene Pro- und Kontra-Argumente, auch mittels Daten einer Parteimitgliederstudie. Eine Vereinnahmungsstrategie von CDU gegenüber AfD wäre hochriskant, weil sie nicht aus einer Position der Stärke geführt werden könnte.

### 1. Parteiensystem im Umbruch, neue parlamentarische Bündnismodelle gesucht

Die Phase der klassischen Lagerkoalitionen sowie der lagerübergreifenden Großen Koalition scheint angesichts einer bröckelnden Mitte und erstarkender Ränder des Parteiensystems vorüber (vgl. *Niedermayer 2019*). Im Lichte der erodierenden Volksparteien und eines sich elektoral nachhaltig verankernden Rechtspopulismus werden händeringend neue Bündnisvarianten für die Parlamente gesucht, teils sogar schon erprobt. Dazu gehören neben einer Minderheitsregierung und Drei- oder Vierparteienkoalitionen theoretisch auch ein Mitte-Rechts-Bündnis. Eine Minderheitsregierung erfreut sich in Deutschland traditionell keiner großen Beliebtheit, und das Regieren mit vielen Parteien kann aufgrund seiner hohen Kompromissbedürftigkeit und erschwerten Verantwortungszuschreibung für die einzelnen beteiligten Parteien per se kein einfaches Unterfangen sein. Ob flexible Themenkoalitionen in der Praxis funktionieren können, ist fraglich. Schließlich verwischen sie den für die parlamentarische Demokratie konstitutiven Dualismus aus Regierungs- und Oppositionsparteien.



**Dr. phil. Benjamin Höhne**  
stellv. Institutsleiter Institut für Parlamentarismusforschung (IParl) Berlin

Doch wie verhält es sich mit der Option einer Parlamentskooperation von Christlich Demokratischer Union und der Alternative für Deutschland? Zwar spielt eine solche im öffentlichen Diskurs nur eine randständige Rolle, auch wenn in den Reihen der Union einzelne dafür werbende Stimmen in jüngster Zeit lauter werden, aber wirft man einen Blick auf das Ausland, dann bietet sich ein anderes Bild: Rechtspopulistische Parteien sind – wenn sie es denn nicht aus eigener Kraft allein geschafft haben – durch Bündnisse oder Koalitionen mit konservativen Parteien an die Macht gekommen (vgl. Müller 2016). Mit wem auch sonst, ließe sich freilich nach der tieferen Bedeutung dieser Einsicht fragen.

Ob es einen zwingenden politikwissenschaftlichen Grund gibt, warum Deutschland von diesem Muster eine Ausnahme darstellen sollte, wird im Folgenden – unter Ausblendung normativer Erwägungen – anhand theoretischer Argumente und empirischer Befunde überprüft. Demnach könnte die Sorge längst nicht nur manch eines Christdemokraten, dass die „Brandmauer“ nach rechts in einem ihrer ostdeutschen Landesverbände brechen könnte, nicht gänzlich einer Berechtigung entbehren.

Der Analysefokus dieses Beitrags richtet sich in erster Linie auf die CDU. Um die Wahrscheinlichkeit einer wie auch immer gearteten Zusammenarbeit mit der AfD auszuloten, wird zuerst die Ausgangslage für die ostdeutschen Unions-Landesverbände skizziert. Zweitens werden grundlegende politische Einstellungen von Parteimitgliedern verglichen, um Schnittmengen oder Trennendes zu identifizieren. Drittens wird die CDU in zentralen Merkmalen ihres organisatorischen Selbstverständnisses gekennzeichnet. Abschließend soll die Prognose gewagt werden, ob die jüngsten Entwicklungen im ostdeutschen Parteiensystem einen Trend in der gesamtdeutschen Politik darstellen könnten. Bekanntlich bilden sich typischerweise in den Ländern Koalitionsinnovationen heraus, die später eine bundespolitische Fortsetzung erfahren können (vgl. Kropp/Sturm 1998).

## 2. Ost-CDU unter Druck, Richtungskurs innerparteilich zunehmend umkämpft

Seitdem die AfD in alle 16 Landesparlamente eingezogen ist (vgl. Schroeder/Wefels 2019), ist besonders die CDU unter Druck. Dies gilt noch mehr für den Osten der Republik, wo der Wählerzuspruch für die AfD größer und die CDU tendenziell schwächer aufgestellt ist. Innerparteiliche Zerreißproben stehen in der dortigen Union immer häufiger auf der Tagesordnung: Ihr – derzeit stärkerer – moderater Mitte-Flügel möchte sich strikt von den Rechtspopulisten abgrenzen, der – derzeit schwächere, sich vorsichtig formierende – konservative Flügel dagegen annähern. Rückwirkungen des umkämpften Richtungskurses auf die Bundesebene und damit die Tragweite des Problems traten erstmals im Februar 2020 zutage, als die Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer ihren Rücktritt ankündigte, u.a. mit Verweis auf konfligierende innerparteiliche Ansätze beim Umgang mit Linkspartei und Rechtspopulisten. Seither herrscht in der Bundes-CDU ein Führungsvakuum, das angesichts der COVID-19-Pandemie einer baldigen Lösung ausharrt.

Welcher Kurs gegenüber der AfD am Ende für die CDU der erfolgsversprechendere sein wird, kann niemand mit Gewissheit sagen, nicht einmal die vergleichende Politikwissenschaft. Jene hat allerdings in ländervergleichenden Studien Reaktionsmöglichkeiten zusammengetragen und deren Vielfalt auf Engage- und Disengage-Strategien komprimiert (siehe *Heinze* 2018). Das Spektrum ersterer reicht u.a. von programmatischen Themenübernahmen oder -angleichungen, Absprachen bei Wahlen, insbesondere über gemeinsame Kandidaten, attraktive Angebote für rechtspopulistische Vertreter zur Verantwortungsübernahme in innerparteilichen Führungspositionen der eigenen Partei oder über Parlamentsmandate bis hin zu einer temporären themenbezogenen oder längerfristigen vertraglich-fixierten parlamentarischen Zusammenarbeit. Bei Letzteren geht es um Abgrenzung, Stigmatisierung etc., wofür wiederum verschiedene Ansätze gewählt werden können.

Wie schwer es der ostdeutschen Union fällt, eine gemeinsame Strategie gegenüber der rechtspopulistischen Herausforderung zu verfolgen, lässt sich am Beispiel ihres sachsen-anhaltischen Verbands zeigen. Dort lagen die Personalien des umstrittenen Polizeigewerkschafters *Wendt*, der Staatssekretär im Landesinnenministerium werden sollte, und des ehemaligen Kreisvorstandsmitglieds *Möritz*, dem Nähe zum Rechtsextremismus vorgeworfen wurde, ähnlich: Erst stellten sich führende Vertreter reflexartig hinter sie, dann nach einigem Zögern doch noch der öffentlichen Kritik. Schnell geriet so ihre innerparteiliche Autorität an Grenzen, was als Zeichen für Gespaltenheit gelesen werden kann, wie mit der AfD umgegangen werden sollte. Erinnerung sei auch an gemeinsame Abstimmungen von einzelnen CDU-Landtagsabgeordneten mit der AfD-Fraktion im Magdeburger Landtag sowie an eine „Denkschrift“ hochrangiger Unions-Funktionsträger im Lande, in der dazu aufgefordert wurde, das „Soziale mit dem Nationalen zu versöhnen“.

Demnach finden sich inzwischen einige Anhaltspunkte dafür, dass Signale sowohl an den eigenen rechtsstehenden Flügel als auch an die AfD-Wähler ausgesendet wurden. Rationales Verhalten unterstellend, lassen sie sich als Testballons interpretieren, die losgelassen werden, um danach abzuwarten, was passiert. Eine schwer kalkulierbare Situation wird durch derartige Auflockerungsübungen sondiert. Heimliche Sympathisanten einer stärkeren Orientierung nach rechts schöpfen Mut. Bisher Unentschlossene nehmen neue innerparteiliche Dynamiken wahr. Jede Neuerung hat ihre Vorboten. Wenn es jemals zu einer Kooperation der CDU mit der AfD kommen sollte, dann fällt sie mit Sicherheit nicht vom Himmel. Vielmehr wird ihr ein Weg geebnet. Erste Schritte wurden bereits in die alternative Richtung gegangen.

Jedes Mal schalteten sich SPD und Grüne – die Partner aus der sachsen-anhaltischen Jamaika-Koalition – alsbald ein, um aus ihrer Sicht Schlimmeres zu verhindern. Deren Ordnungsaufrufe an die CDU, sich entschieden nach rechts abzugrenzen, entfalteten an der in die Landesregierung eingebundenen Unionsspitze sicherlich mäßigende Wirkung. Sie können aber in den Kreisen (längst nicht nur auf der kommunalen Kreisebene) nach hinten losgehen, die in einer Zusammenarbeit mit der AfD kein Problem, sondern darin sogar einen Mehrwert ausmachen.

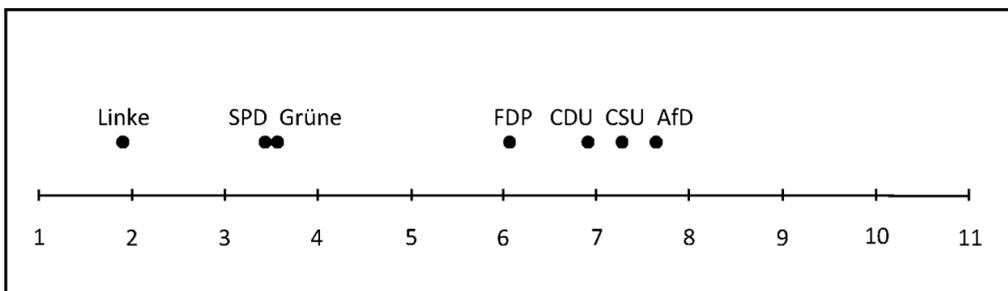
### 3. CDU und AfD trennen keine Welten bei manchen politischen Wertvorstellungen

Wie nah beide Parteien bei politischen Wertvorstellungen nebeneinanderliegen, wird im Folgenden anhand von Einstellungen ihrer aktiven Mitglieder analysiert. Mit diesen ungefilterten, bottom-up aggregierten Angaben kann anders zur Erhellung des Themas dieses Artikels beigetragen werden als es z.B. durch Parteiverortungen auf der Grundlage von Wahlprogrammen möglich ist, die immer auch Kompromisspapiere darstellen und eher auf eine organisatorische top-down-Genese zurückzuführen sind (vgl. *Gaija* 2013).

Die hier verwendeten Daten stammen aus einer Befragung des Instituts für Parlamentarismusforschung (IParl) im Vorfeld der Bundestagswahl 2017, in deren Mittelpunkt die aktiven Parteimitglieder stehen. Auf zufällig vom Meinungsforschungsinstitut *policy matters* ausgewählten Kreis- und Landeslistenversammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerbern wurden seitens geschulter Forscherteams Fragebögen in Papierform ausgegeben und dort auch wieder eingesammelt. Die Feldforschung fand zwischen Herbst 2016 und Frühjahr 2017 statt. Befragt wurden 19.785 Mitglieder aller aktuell im Bundestag vertretenen Parteien. Die Rücklaufquote beträgt beachtliche 51 Prozent.<sup>1</sup>

Bei der Selbstverortung der Parteimitglieder auf einer Links-Rechts-Skala zeigt sich, dass die Unionsschwester CDU und CSU der AfD viel näherstehen als allen anderen Parteien (siehe Abbildung 1). Die Skala reicht von 1 für ganz links bis 11 für ganz rechts. Wer sich selbst bei einem Wert von 6 sieht, befindet sich genau in der politischen Mitte dieses aus der Demoskopie stammenden Messverfahrens. Ungefähr dort verortet sich im Durchschnitt ein liberaler Parteigänger.

Abbildung 1: Links-Rechts-Selbstverortung aktiver Mitglieder der Bundestagsparteien



Frage: „Man spricht in der Politik immer wieder von „links“ und „rechts“. Wenn Sie einmal an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie sich auf einer Skala einordnen, bei der 1 „links“ bedeutet und 11 „rechts“? Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Einschätzung abstufen.“ (N=9.070) (Vollsample)

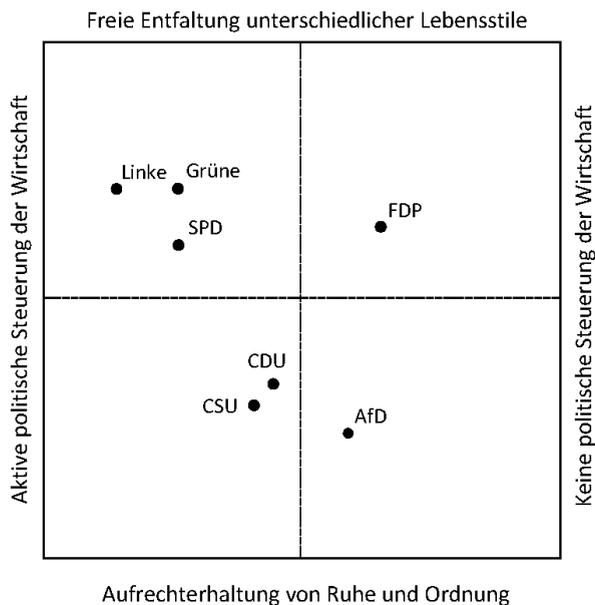
Quelle: eigene Darstellung, IParl-Forschungsprojekt #BuKa2017.

Die Mitglieder der CDU liegen im Schnitt bei einem Wert von 6,9 und die der AfD bei 7,8. Etwas weniger als ein Skalenpunkt trennt beide voneinander. Fast genau zwischen ihnen stehen die Christsozialen mit einem arithmetischen Mittel von 7,3. Der Abstand

der CDU zur SPD und den Bündnisgrünen liegt bei jeweils ca. 3,4 Skalenpunkten. Für Aussagen zur Wahrscheinlichkeit einer zukünftigen Zusammenarbeit von CDU und AfD ist nicht unerheblich, dass die Verortung letzterer mit einem Wert von 7,8 im Grunde eine Unterscheidung des Rechtspopulismus von Rechtsextremismus nahelegt, wie sie auch in der akademischen Debatte anhand weiterer Kriterien sinnhafterweise vorgenommen wird (vgl. z.B. *Minkenberg* 2018). Zugleich wird aber auch das Abgrenzungsproblem der AfD zu radikalen oder extremen rechten Positionen deutlich, wenn die Befragungsergebnisse weiter ausdifferenziert werden. Demnach haben sich 13,8 Prozent der AfD-Aktiven im ganz rechten Spektrum (bei 10 und 11) verortet.

Bei einer zweidimensionalen Analyse der gemittelten Parteimitgliederpositionen bietet sich ein ähnliches Bild: CDU- und AfD-Mitglieder trennen keine Welten bei zentralen politischen Wertvorstellungen (siehe Abbildung 2). Während die CDU auf der sozioökonomischen Konfliktachse etwas mehr nach links weist, tendiert die AfD soziokulturell stärker in Richtung autoritärer Politikvorstellungen. Zwischen beiden Parteien ist der Abstand auf der soziokulturellen Konfliktlinie geringer als auf der sozioökonomischen.

*Abbildung 2:* Politische Wertvorstellungen aktiver Parteimitglieder im zweidimensionalen Konfliktraum



Anmerkung: Angaben konnten die Befragten wie stark sie auf beiden Achsen jeweils zu welchem Pol tendieren. Horizontale Achse: „Die Politik sollte sich aktiv um die Steuerung der Wirtschaft bemühen.“ <-> „Die Politik sollte sich aus der Wirtschaft heraushalten.“ (N=8.843) Vertikale Achse: „Die Politik sollte sich in erster Linie um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in unserem Land kümmern.“ <-> „Die Politik sollte ihr Hauptaugenmerk auf die freie Entfaltung unterschiedlicher Lebensstile richten.“ (N=8.714) (Vollsample)

Quelle: eigene Darstellung, IParl-Forschungsprojekt #BuKa2017.

Einstellungsdifferenzen bei wirtschaftspolitischen Fragestellungen könnten weiter zurückgehen, wenn die AfD häufiger als bisher auf soziale Themen setzen und sich damit vollends von ihrem nationalliberalen Gründungsprofil unter Bernd Lucke verabschieden würde. Dass die Distanz der CDU am größten zur Linkspartei ausfällt, ist wiederum nicht ohne Belang für die Debatte, ob sich erstere auf der parlamentarischen Arena für eine Zusammenarbeit mit letzterer öffnen sollte. Diese Idee findet in Teilen der Union Anklang; z.B. beim Spitzenkandidaten im jüngsten Brandenburger Landtagswahlkampf, *Ingo Senftleben*, der dafür jedoch viel Kritik einstecken musste, oder beim Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, *Daniel Günther*.

Zwischen CDU und AfD verlaufen aber auch substantielle Trennlinien, die einer Kooperation zwischen ihnen diametral entgegenstehen. Diese betreffen das jeweilige Verhältnis erstens zu rechtsextremen Positionen und zweitens zur politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Ersteres nimmt mit dem Erstarren des völkisch-nationalen Flügels innerhalb der AfD nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Herbst 2019 deutlichere Konturen an. Auch wenn sich die grundsätzliche Position der Bundes-AfD seit der IParl-Parteimitgliederstudie etwas nach rechts verschoben hat, vertreten die mitgliederstärkeren Westverbände nach wie vor überwiegend einen rechtskonservativen Populismus, der für rechtsextreme Haltungen keinen Platz vorsieht. Dabei spielen sicherlich auch Überlegungen eine Rolle, bürgerliche Wähler, die früher die CDU gewählt haben, nicht zu verschrecken. Zweitens stößt die deutsche Demokratie sowohl in ihren Grundzügen als auch in ihrer konkreten Ausgestaltung über die Verfassungsinstitution Bundestag unter den AfD-Mitgliedern ganz überwiegend auf Ablehnung. Hingegen findet sich kaum ein Christdemokrat, der kein Vertrauen in die repräsentative Demokratie hat oder sich unzufrieden zeigt, wie der Bundestag funktioniert (siehe *Höhne* 2018).

#### 4. Leitmotiv der CDU ist die Wählerstimmenmaximierung

In der Öffentlichkeit präsentiert sich die CDU gern als eine Partei, die mit der Zeit geht. Programmatisch setzt sie auf Maß und Mitte. Unter *Angela Merkel* hat sie einige Reformpfade beschritten, die sie – zum Leidwesen der SPD – auf der soziokulturellen Konfliktachse in die Mitte der Gesellschaft geführt haben. Wirtschaftspolitisch verortet sie sich dort mit ihrem für sie konstitutiven Verständnis von „Sozialer Marktwirtschaft“ im Grunde bereits seit den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland.

Parteientypologisch ähnelt die CDU bis heute einer Catch-All-Partei wie sie *Otto Kirchheimer* (1965) einst skizziert hatte. Bei Wahlen steht das Ziel der Stimmenmaximierung im Vordergrund. Etwas abweichend zu diesem Parteientypus beansprucht die Union jedoch, Volkspartei mit konservativem Profil zu sein. Dies spiegelt sich im Selbstbild vieler ihrer Mitglieder wider, die konservative Werte hochhalten. Dennoch führte dies zu keinem Zeitpunkt dahin, dass die CDU als konservative Partei, die vor allem Law-And-Order-Themen vorhält, hätte eingeordnet werden müssen.

Eine der aktuell größten Herausforderungen für die CDU ergibt sich daraus, dass das Funktionieren der Catch-All-Strategie an eine weithin entpolitisierte und entideo-

logisierte Wählerschaft geknüpft ist. Durch gesellschaftliche Ausdifferenzierungsprozesse und neue Politikgegensätze ist ihre Stammklientel im Abschmelzen begriffen. An den Stammtischen der Republik hat sie politische Deutungshoheit eingeübt. Bei den zunehmend wichtigen Online-Diskursen besaß sie sie noch nie. Fraglos hat sich ihr Potenzial zur Stimmenmaximierung bei Wahlen verringert. Eine weitere Dezimierung droht im Zuge kontroverser Koalitions- oder Kooperationsentscheidungen in den Parlamenten.

## 5. Unbedingter Wille zum Regieren und koalitionspolitische Flexibilität

Neben dem sogenannten vote-seeking ist der CDU das office-seeking nicht minder unbedeutend. In ihrem Selbstverständnis sieht sie sich als Regierungspartei. Wenig abgewinnen kann sie der Vorstellung, Politik als Oppositionspartei „nur“ zu kritisieren oder „lediglich“ legislativ mitzugestalten. Man möchte Politik exekutiv steuern und durchsetzen. Im Bund haben CDU und CSU mit inzwischen einem halben Jahrhundert längere Regierungserfahrung vorzuweisen als jede andere Partei. In den Ländern sind die Unionsschwestern derzeit an elf von 16 Regierungen beteiligt. In sieben stellen sie den Ministerpräsidenten (Stichtag 1. Februar 2020).

Dass sie beim Regieren traditionell keine fundamentalen Berührungspunkte mit Parteien teilen, die rechts von ihr stehen, haben sie historisch schon mehrfach unter Beweis gestellt. Den ersten drei Kabinetten von *Konrad Adenauer* (1949-1961) gehörte die Deutsche Partei an. Im Parteien-Handbuch von *Richard Stöss* wird sie als eine Partei eingeordnet, die es als ihre „staatspolitische Aufgabe begriff, das rechtsextremistische Potenzial zu integrieren“ (*Schmollinger* 1983: 1033). Eine geschickte Umgarnungspolitik der CDU trug dazu bei, dass die DP bis zu ihrer Auflösung 1961 einen Großteil ihrer Mitglieder an die Union verloren hatte.

Anfang der 2000er Jahre machte die CDU in Hamburg durch eine Koalition mit der rechtspopulistischen „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ von sich Reden. Aber schon 2004 zerbrach das Bündnis nach nur zweieinhalb Jahren. Bei der anschließenden Neuwahl der Bürgerschaft scheiterte die Schill-Partei, wie sie umgangssprachlich genannt wurde. Seitens der Wähler war in ihrem Protagonisten *Ronald Schill* der maßgebliche Verursacher für die vorausgegangene Regierungskrise ausgemacht worden.

Dass sich die CDU unter bestimmten Bedingungen auch nach links öffnen lassen könnte, d.h. noch ein Stück weiter als sie es bisher schon in Koalitionen mit der SPD oder den Grünen demonstriert, zeigte sich zuletzt nach der Landtagswahl in Thüringen im Oktober 2019. Keine der bisher praktizierten Koalitionen kam dort auf eine Mehrheit der Landtagsmandate; alle Landtagsparteien hatten eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen. Seitens der CDU gab es deshalb Überlegungen aus der Not eine Tugend zu machen und sich, zumindest punktuell, auf die Postkommunisten zuzubewegen.<sup>2</sup>

Trotz der Geißelung als Tabubruch, vor allem von Unionsvertretern aus dem Westen, ist eine Annäherung in solch einer Parteienkonstellation nicht unmöglich.

Zum einen ist der legislative Entscheidungsspielraum für die landespolitischen Akteure im Vergleich zu denen im Bund oder in der Europäischen Union an sich wesentlich kleiner. Landespolitische Themen sind oft in geringerem Maße politisiert, zumindest in der Substanz, wenngleich nicht immer in der Rhetorik der parteipolitischen Wettbewerber. Zum anderen hat die Linkspartei in der zurückliegenden Legislaturperiode einen beinahe sozialdemokratischen Regierungsstil in der sogenannten R2G-Koalition gepflegt. Dafür erzielte sie bzw. Landesvater *Bodo Ramelow* zuletzt ein historisches Spitzenergebnis von 31 Prozent der Zweitstimmen.

## 6. Vereinnahmungsstrategie hochriskant

Da die bisher praktizierte Disengage-Strategie der CDU gegenüber der AfD (im Sinne ihres Zurückdrängens) nicht den erwünschten Erfolg erbracht hat, stellt sich politikwissenschaftlich die Frage nach den Chancen einer Engage-Strategie. Können die Erfahrungen der CDU mit DP und Schill-Partei als Argument dienen, sich seitens der Union auf die AfD zuzubewegen, um sie politisch einzuhegen, sie bei Wahlen einzudämmen und schließlich zumindest die nicht-extremistisch Gesinnten unter ihnen zu einer Eingliederung zu bewegen? Zunächst ist festzuhalten, dass die damalige Vereinnahmungsstrategie der CDU vor allem deshalb gelungen ist, weil sie aus einer Ausgangslage der Stärke heraus geführt wurde. Ihre rechten Partner dagegen waren in einer schwächeren Position, nicht zuletzt aufgrund einer wegbrechenden Wählerbasis bzw. eines als stümperhaft und unseriös wahrgenommenen Agierens in Regierungsverantwortung.

Aktuell scheint die Situation in Ostdeutschland genau umgekehrt: Die CDU ist in der Defensive, die AfD in der Offensive. Fraglich ist, wer bei einem Aufeinanderzubewegen beider Parteien am Ende wen vereinnahmen würde. Auch mit Blick auf andere rechtspopulistische Parteien in Europa muss eine wie auch immer geartete Annäherung von CDU und AfD nicht unbedingt dazu führen, dass die rechtspopulistische Konkurrenz daraus am Ende geschwächt hervorgeht. Ein Beispiel dafür wäre Österreich, wo ein stärkerer Rechtskurs der ÖVP nicht zur Eindämmung der FPÖ führte (vgl. *Heinisch/Werner/Habersack* 2019).

Die jüngsten koalitionspolitischen Auflockerungsübungen innerhalb der Thüringer Union nach links könnten in anderen ostdeutschen Landesverbänden zum Anlass genommen werden, sich nach rechts offener zu zeigen. Nach der desaströsen Wahl des FDP-Politikers *Thomas Kemmerich* als Kurzzeit-Ministerpräsident im Februar 2020 zusammen mit der AfD hat man den Rechtspopulismus, der in Thüringen unter *Björn Höcke* bis weit in den Rechtsextremismus hineinragt, eine Rolle spielen lassen, die ihn stärkt, aber die CDU geschwächt hat, längst nicht nur demoskopisch. Viele ihrer Anhänger können dem Ansinnen, „gemeinsame Sache“ mit der AfD zu machen, nichts abgewinnen.

Trotz der Risiken scheint in manchen Teilen der Ost-CDU die Bereitschaft vorhanden zu sein, nach Gemeinsamkeiten mit der AfD zu suchen. Dies führt zur Frage, ob womöglich deren Wertefundament ein anderes ist als es für die West-Union ty-

pisch ist. Sicherlich unterscheiden sich Ost- und West-CDU nicht nur durch unterschiedlich gewachsene Organisations- und Vorfeldstrukturen, sondern auch durch verschiedenartige Mentalitäten ihrer Mitglieder. Im Westen ist die CDU nach wie vor alt-bundesrepublikanisch geprägt. Sie war und ist im katholischen Milieu verwurzelt. Trotz des weggebrochenen Feindbildes der Sowjetunion pflegt sie reflexartig bis heute einen identitätsstiftenden Anti-Kommunismus. Auf der anderen Seite – den Nationalsozialismus nicht vergessend – bezog sie gegenüber den rechtsextremen Kleinparteien NPD, Republikaner und DVU klar Stellung.

Im Osten dagegen finden sich führende Vertreter der CDU, die ihr schon in der DDR angehörten und sie damit eine staatstragende Rolle in einem „Unrechtsregime“ einnahmen, was in der Debatte über die Geschichtspolitik der Linkspartei nur allzu leicht verdrängt wird. Zu ihnen gesellen sich nicht wenige Unionsmitglieder, für die konservative oder christdemokratische Werte aufgrund der Sozialisation in der säkularen DDR und der anschließenden Transformationsphase, die sich für viele Ostdeutsche wie eine Desillusionierung auswirkte, eher eine Projektionsfläche denn einen persönlichen Erfahrungsschatz bilden. Dies hindert aber nicht, Konservatismus wie eine Monstranz vor sich her zu tragen. Tatsächlich tendieren die ostdeutschen Unionsmitglieder auf der soziokulturellen Konfliktachse ein Stück mehr hin zu einem starken Staat, der – so die Formulierung des Items – als eines seiner vordringlichsten Aufgaben „Ruhe und Ordnung“ gewährleisten sollte.<sup>3</sup>

Abschließend ist der Blick auf die AfD zu richten. Immer wieder sind aus deren Reihen Verlautbarungen zu vernehmen, für eine Regierung zusammen mit der CDU bereit zu sein. Ob dieser Versuch, die CDU in Versuchung zu führen, auch noch im mühsamen Regierungsalltag von einer Mehrheit in der AfD getragen würde, darf bezweifelt werden. Schließlich bedeutet Populismus einen Alleinvertretungsanspruch, der dem politischen Kompromiss und der Suche nach Sachlösungen zuwiderläuft (vgl. *Decker/Lewandowsky* 2012). Zweifel sind auch angebracht, ob die AfD überhaupt die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für eine Regierung mitbringen würde, denn ihre Formierung als Organisation ist trotz des Aufwinds bei den jüngsten Wahlen nicht abgeschlossen.

Über die inhaltliche Ausrichtung sowie die strategischen Ziele der AfD besteht kein innerparteilicher Konsens. Die Zeichen stehen mehr auf Radikalisierung als auf De-Radikalisierung. Dieser Kurs wäre für ein Mitte-Rechts-Bündnis abträglich. Möglicherweise wird es bei einem Nebeneinander von radikalen und gemäßigt-pragmatischen Populisten bleiben. Schließlich hat sich bei den jüngsten Wahlen im Osten, v.a. in Thüringen, gezeigt, dass ein starker autoritär-völkisch-nationaler Flügel, der auf Umwälzung des politischen Systems abzielt, neben einem pragmatischen Flügel koexistieren kann. Dies war kein Hindernis für die Wahl der Thüringer AfD, sondern offenbar sogar ein Erfolgsrezept für sie.

## 7. Fazit: Abgrenzung erfolgversprechender als Annäherung

Es steht außer Frage, dass sich die CDU derzeit in einer schwierigen Phase befindet. Zu lange hat sie sich mehr mit sich beschäftigt (vgl. *Kannenberg* 2020) und darauf gehofft, dass sich die AfD von selbst demontieren würde. Umso drängender wurde die Frage, welche Strategie sie mit welchen Mitteln gegenüber der AfD verfolgen sollte. Neben ihrem nicht allzu großen Abstand zur rechtspopulistischen Konkurrenz bei einigen politischen Grundeinstellungen, wie der Forderung nach einem starken Staat, sprechen ihre Machtambitionen für eine gewisse Zugänglichkeit gegenüber einer wie auch immer gearteten Kooperation. Sollte es jemals zu einer solchen kommen, wird sie wahrscheinlich in einem ostdeutschen Landtag zu beobachten sein, nicht zuletzt aufgrund eines Mangels an Bündnisalternativen. Kommunale Experimentierräume könnten vorgeschaltet sein. Erste kommunikative Wegbereiter wurden bereits geschaffen.

Gegen solche Engage-Strategien der CDU sprechen vor allem die offene Flanke der AfD zum Rechtsextremismus, deren Ablehnung der etablierten demokratischen Ordnung und die damit verbundene Selbststilisierung als Anti-Establishment-Partei. Mit Blick auf die CDU selbst bildet deren nachlassende Stärke im Parteiensystem im Zuge der „Erschöpfung des Konservatismus“ (*Biebricher* 2018: 282, 285) ein schwerwiegendes Risiko. Annäherungen an die AfD können deren Willen zur Wählerstimmenmaximierung unterminieren. So ist nach der Mitverantwortung der AfD für rechtsterroristische Mordanschläge der jüngsten Vergangenheit in Halle/Saale oder Hanau zu fragen. Worte folgen Taten, zumindest findet diese Auffassung zunehmend Gehör in der öffentlichen Debatte. Verrohung der politischen Sprache, hemmungslos verbreitete Lügen, das Schüren von Ressentiments, offen zur Schau getragener Hass und Hetze sowie die Verharmlosung rechtsextremer Gewaltakte als Angelegenheiten fehlgeleiteter Einzeltäter haben einen kommunikativen Resonanzraum geschaffen, in dem extremistische Gedankenwelten stimuliert, aus selbstbezogener Isolation herausgeführt und verstärkt werden.

Erfolgversprechender erscheinen deshalb für die CDU unter dem Strich Disengage-Strategien, d.h. das Markieren einer klaren Kante gegenüber der rechten Konkurrenz. Deren Möglichkeitsspektrum ist noch längst nicht ausgeschöpft. Konsequenter umgesetzt wurden sie bislang ebenfalls nicht. Ungeachtet konkreter Konfigurationen wäre innerparteiliche Geschlossenheit enorm wichtig. Widersprüchliche Signale aus den Unionsreihen verunsichern Wähler und können Wählerwanderungen zur Folge haben. Aber auch dieser Ansatz beinhaltet eine Kehrseite, deren Tragweite nicht abzusehen ist. Hat nicht die repräsentative Demokratie den Populismus mit seinem konstruierten Antagonismus des „guten Volkes“ und der „bösen Politikelite“ im Grunde überhaupt erst hervorgebracht? Abgrenzungen, Ausgrenzungen und Stigmatisierungen können vorhandene Schieflagen zwischen Systemunterstützten und Systemfeinden weiter verstärken und damit die liberale Demokratie am Ende erst richtig gefährden.

Bleibt vorerst die Frage nach den bundespolitischen Implikationen einer für die nähere Zukunft unwahrscheinlichen Kooperation von CDU und AfD. Zunächst einmal ist nicht davon auszugehen, dass der Osten diesbezüglich als Demokratielabor für den Westen fungieren wird, zu verschieden sind die Unionsverbände, zu unter-

schiedlich die Ausgangsbedingungen. Abzusehen ist vielmehr eine weitere Ausdifferenzierung des Parteiensystems entlang einer Ost-West-Linie. In den ostdeutschen Landesverbänden der CDU wird man den auf dem Bundesparteitag 2018 beschlossenen Unvereinbarkeitsbeschluss, weder mit der Linkspartei noch mit der AfD „Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit“ einzugehen, angesichts erschwerter Koalitionsarithmetik in den Landtagen nicht aufrechterhalten können. Mehr Flexibilität ist unabdingbar. Fremd wäre sie einer Partei, die für realpolitischen Pragmatismus steht, nicht. Die temporäre, themenbezogene Unterstützung der amtierenden Rot-Rot-Grünen Minderheitsregierung in Thüringen wird den ersten Lackmuestest darstellen.

Ein schmerzhafter innerparteilicher Klärungsprozess steht an, mit wem man über die etablierten Partner hinaus im Parlament bzw. in der Regierung zusammenarbeiten möchte. Auszugehen ist eher von einer einseitigen Öffnung der Union im Osten. Eine zweiseitige würde keine Akzeptanz bei den Parteien links und rechts der CDU finden und für sie noch stärkere innerparteiliche Sprengkraft entfalten. Je nachdem welchen Weg die CDU beschreiten wird, Friktionen und Austritte sind wohl unvermeidlich. Zugleich besteht aber immer noch eine gewisse Chance, mit einer intelligenten Kooperationsstrategie, verbunden mit einer überzeugenden Haltung gegenüber der extremen Parteienkonkurrenz, einer Programmatik, die auf Kontinuitäten setzt und zugleich Zukunftspfade weist, einer starken Führung, die auch tatsächlich führt und der in möglichst geschlossener Formation gefolgt wird, zu neuer Kraft als verantwortungsvolle Partei der gesellschaftlichen Mitte zurückzufinden.

## Anmerkungen

- 1 Ausführliche Informationen zum Forschungsprojekt ‚BuKa2017, seinen Datenerhebungsmodulen, insbesondere zu der nach Parteien geschichteten Zufallsstichprobe, und den genauen Fragestellungen, der hier verwendeten Daten, finden sich in Methodenberichten auf [www.iparl.de](http://www.iparl.de).
- 2 Dafür hatten sich z.B. der Altbundespräsident *Joachim Gauck* und der frühere Thüringer Ministerpräsident *Dieter Althaus* mit dem Hinweis auf staatspolitische Verantwortung starkgemacht und die Wortschöpfung der „Projektregierung“ ins Gespräch gebracht (siehe *Meisner* 2020).
- 3 CDU Ost: 2,2; CDU West: 2,3; CDU Berlin: 2,4; Skala von 1 („Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“) bis 5 („freie Entfaltung unterschiedlicher Lebensstile“); zu den Fragen siehe Abbildung 2 weiter oben.

## Quellen

- Biebricher, Thomas (2018): Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus. Berlin.
- Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel (2012): Die rechtspopulistische Parteienfamilie, in: Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (Hrsg.): Parteienfamilien: Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Opladen/Berlin/Toronto, S. 268-281.
- Gauja, Annika (2013): Policy Development and Intra-Party Democracy, in: Cross, William P./Katz, Richard S. (Hrsg.): The Challenges of Intra-Party Democracy, Oxford, S. 116-135.  
<https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199661879.003.0008>.

- Heinisch, Reinhard/Werner, Annika/Habersack, Fabian (2019): Reclaiming national sovereignty: the case of the conservatives and the far right in Austria, in: *European Politics and Society*, S. 1-19. <https://doi.org/10.1080/23745118.2019.1632577>.
- Heinze, Anna-Sophie (2018): Strategies of mainstream parties towards their right-wing populist challengers: Denmark, Norway, Sweden and Finland in comparison, in: *West European Politics*, 41. Jg., H. 2, S. 287-309. <https://doi.org/10.1080/01402382.2017.1389440>.
- Höhne, Benjamin (2018): Engagement beugt Politikverdruss (nicht immer) vor: Demokratievertrauen und Parlamentszufriedenheit von aktiven Parteimitgliedern, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49. Jg., H. 4, S. 912-932. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-4-919>.
- Kannenberg, Oliver (2020): „Wir gucken zuerst auf uns“ – nur wie lange noch? Parteienwettbewerb bei der Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 2017, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 51. Jg., H. 1, S. 84-104. DOI: 10.5771/0340-1758-2020-1-84.
- Kirchheimer, Otto (1965): Der Wandel des westdeutschen Parteiensystems, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 6. Jg., H. 1, S. 20-41.
- Kropp, Sabine/Sturm, Roland (1998): Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen. Theorie, Analyse und Dokumentation, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-10488-9>.
- Meisner, Matthias (2020): Taktieren in Thüringen, in: *Der Tagesspiegel*, 11.2.20, S. 3.
- Minkenberg, Michael (2018): Was ist Rechtspopulismus?, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 59. Jg., H. 2, S. 337-352. <https://doi.org/10.1007/s11615-018-0076-x>.
- Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin.
- Niedermayer, Oskar (2019): Die Mitte bröckelt, die Ränder legen zu. Die Entwicklung des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2017, in: *GWP – Gesellschaft • Wirtschaft • Politik*, 68. Jg., H. 1, S. 49-59. <https://doi.org/10.3224/gwp.v68i1.06>.
- Schmollinger, Horst W. (1983): Die Deutsche Partei, in: Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Bd. 2 CSU bis DSU, Opladen, S. 1025-1111.
- Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (Hrsg.) (2019): *Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament*, Bonn.
- Stecher, Christian (2020): Wie Koalitionsdisziplin den parlamentarischen Mehrheitswillen blockieren kann, in: *GWP – Gesellschaft • Wirtschaft • Politik*, 69. Jg., H. 1, S. 71-77. <https://doi.org/103224/gwp.v69i1.08>.